

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Thorandt, Finanzamts Riesa.

Regelgebühr: die halbjährige Nummernliste 20 Mark, die 4 halbjährige Liste der amtlichen Bekanntmachungen 40 Mark. Die 2 halbjährige Nummernliste im zeitlichen Falle 100 Mark. Nachzahlungsgeld 30 Mark. Druck- und Verlagsgebühren sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckarbeiten nicht verantwortlich. Druck und Verlagsgeschäfte sind durch den Druckereibesitzer zu erledigen. Druck und Verlagsgeschäfte sind durch den Druckereibesitzer zu erledigen.

Nr. 261. — 84. Jahrgang. — Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonntag, 8. November 1925

Beherrschende Fragen.

(Um- und Ausblicke.)

Was aus dem Vertragswerk von Locarno werden wird, ist noch immer die in der öffentlichen Meinung Deutschlands am beherrschendsten Frage, und nach den Besprechungen zu urteilen, die der Kanzler mit den Vertretern der parlamentarischen Gruppen gehabt hat, sind alle Politiker darüber einig, daß ihr diese überraschende Stellung gebührt. Ob sie deshalb aber auch unter rein sachlichen Gesichtspunkten gelöst werden wird, ist gleichwohl noch fraglich. Das Schicksal, das der Vertrag im Reichstag a harret, liegt nach wie vor völlig im Dunkeln. Die Regierungsparteien haben sich zwar dafür entschieden, die Erörterung aller innerpolitischen Fragen einstweilen zurückzustellen, aber von der Sozialdemokratie, die doch bei der Abstimmung ein sehr schweres Gewicht in die Waagschale zu werfen hat, ist eine gleiche Erklärung nicht abgegeben worden. Allerdings hat der preussische Ministerpräsident Braun, der ihr angehört, im Landtage gesagt, daß die preussische Regierung sich hinter die Reichsregierung stellen werde.

Auf der anderen Seite hat die Äußerung des Abgeordneten Dr. Quaas, der, obwohl zuerst als Mitglied der Volkspartei ins Parlament gewählt, heute wohl auf dem rechten Flügel der Deutschnationalen steht, viel Beachtung gefunden, daß er zur Unterschreibung der Verträge rufen würde, wenn es sich zeigte, daß er sich geirrt, d. h. wenn die Lokalisierung der Gegner so sichtbar in die Erscheinung treten würde, wie es der Reichskanzler erhofft. Wir wollen dahingestellt sein lassen, ob solche Worte mehr sind als eine rhetorische Wendung, an deren Stelle der Redner ebensoviele hätte mit dem Trompeter von Säckingen sagen können: „Behüt' dich Gott, es wär' zu spät gewesen“.

Unser Außenminister Dr. Stresemann hält an seiner optimistischen Auffassung, wie seine durch Rundfunk verbreitete Rede über die Bedeutung des Vertragswerkes von Locarno erweist, durchaus fest, obwohl doch die Daten der Ententeeregierungen — keine Zugeständnisse sind ja allerdings in letzter Zeit zu verzeichnen gewesen — bisher zu großen Hoffnungen gerade nicht Anlaß geben. Vielleicht gründet sich sein Vertrauen auf die persönliche Befähigung mit den fremden Ministern, vielleicht ist es auf die Ergebnisse der Verhandlungen zurückzuführen, die über die „Rückwirkungen“ gepflogen werden, und die, wie er sich in einer der Besprechungen beim Reichskanzler geäußert hat, einen guten Fortgang nehmen. Es ist ja nicht ausgeschlossen, daß er da schon mehr erreicht hat, als bekannt geworden ist. Hoffentlich wird dem Volke bald reinen Wein eingeschenkt. Gedulden wir uns einweilen bis zum nicht mehr fernem Wite des November, dem Termin, zu dem die Regierung erwartet, ausreichende Klarheit zu besitzen, um dem Reichstag eine Vorlage zu unterbreiten, die ihm gestattet, auf Grund festen Tatsachenmaterials seine Entscheidung zu treffen.

Dr. Luther und Dr. Stresemann, die die Verantwortung für die Paraphierung übernommen und keinen Zweifel daran gelassen haben, daß sie mit den Verträgen leben und fallen wollen, sind jedenfalls selbst überzeugt, daß sie die Verträge in der Volkstretung nur durch bringen, wenn sie greifbare, nicht nur hoch in der Luft schwebende, Rückwirkungen ins Treffen führen können. Der Außenminister wird daher sicherlich mit der gleichen Beharrlichkeit, mit der er öffentlich seine Hoffnungen vertritt, in den geheimen Verhandlungen die Notwendigkeit der Erfüllung dieser Hoffnungen verteidigen. Wenn in Paris und London die Vernunft an der Herrschaft wäre, müßte er damit Erfolg haben, dann müßte die Gegenpartei nicht nur zu Entgegenkommen, sondern sogar zu großem Entgegenkommen bereit sein. Denn drinnen, jenseits der Vogesen und jenseits des Kanals, ist in weiten Kreisen die Ansicht verbreitet, daß die Verträge ein gut Teil ihres Wertes verlieren würden, wenn bei uns die Deutschnationalen abseits stehenblieben. Ob aber die Vernunft herrscht, soll sich erst zeigen.

Während in Deutschland die durch den Rücktritt der deutschnationalen Minister hervorgerufene Regierungskrise eine schnelle und leichte Lösung durch Schaffung eines Provisoriums fand, indem man sich mit einem Kumpfkabinet begnügte, ist in Frankreich die Regierung gestürzt worden, allerdings nicht wegen Locarno, sondern wegen innerpolitischer, hauptsächlich finanzieller Fragen. Der Ministerpräsident Painlevé und der Außenminister Briand haben denn auch in dem neuen Kabinet ihre alten Posten wieder übernommen. Wie lange aber das jetzige Ministerium Painlevés am Ruder bleiben wird, kann man nicht wissen, da bei unseren leicht beweglichen westlichen Nachbarn Überraschungen keine Seltenheit sind. Eine sichere Mehrheit hat es weder in der Kammer noch im Senat, steht also nicht auf sehr festem Boden. Da die Sozialisten unter sich beschlossen hatten, ihm die Unterstützung zu versagen, wurde ihm sein Sturz gleich beim ersten Auftreten in der Kammer vorausgesagt. Aber in der Politik kommt es nach einem bekannten Worte immer anders als man denkt. Dem neuen Kabinet wurde mit einer verhältnismäßig großen Majorität ein glattes Vertrauensvotum bewilligt. Man darf also damit rechnen.

Wird der Reichstag aufgelöst?

Die Pariser Botschafterkonferenz.

Paris, 6. November.

Die Beratungen der Botschafterkonferenz über die Entwaffnung Deutschlands und die Räumung Köln werden nach als offiziell angenommener Ankündigung mit dem Beschluß zur Absendung einer neuen Note an Deutschland endigen. Zwischen den Alliierten und Deutschland gebe es hinsichtlich der materiellen Ansicht über die Entwaffnung keine ernsten Konflikte, sondern nur Schwierigkeiten von ziemlich geringer Bedeutung, die aller Wahrscheinlichkeit nach bis Ende November geregelt sein würden. Man habe Vertrauen zu den Absichten, die die Reichsregierung in ihrer Mitteilung vom 23. Oktober angekündigt habe, und zu den Erklärungen, welche die deutschen Delegierten in Locarno abgegeben haben.

Die Forderungen, die noch an Deutschland gestellt werden, seien folgende: 1. In der Frage des „Generalstabes“ und des „Generalstabschefs“ werde sich das Komitee doch damit einverstanden erklären, daß deutsche Vorschläge vorgelegt werden, die eine Abänderung bringen und die, wie man hofft, den Erwartungen der Alliierten entsprechen. Die Befugnisse des Generals v. Seeck werden durch ein Dekret abgeändert werden. 2. In der Frage der Sportverbände ehemaliger Offiziere (Stahlhelm u. a.) wird das Komitee die Existenz dieser Vereinigungen gestatten, einer militärischen Ausbildung jedoch widersprechen. 3. In der Frage der „illegalen Bewaffnung“ will das Komitee doch auf dem Standpunkte verbleiben, daß sich das deutsche Heer der verbotenen Waffen nicht bedienen darf. 4. Hinsichtlich der Frage von Königsberg drückt das Komitee die Ansicht aus, daß man von Deutschland Aufklärung darüber erhalten müsse, aus welchem Grunde Königsberg nicht die 22 Geschütze entbehren kann und aus welchem Grunde die deutschen Behörden so großen Wert darauf legen, sie zu behalten. 5. In der Frage der Schußpolizei sieht das Komitee den wichtigsten Grund in der Organisation der Kabarets. Diese Frage ist ernster als die der Kasernierung. Der Effektivbestand, der durch das Abkommen von Spa festgelegt ist, darf 150 000 Mann nicht überschreiten. Das Komitee erklärt ferner, daß die deutsche Polizei ähnlich organisiert werden muß wie die Polizei der anderen Länder.

Deutsche Meinungsäußerung.

Dazu wird deutscherseits ebenfalls offiziell bemerkt: Zu dieser Meldung, die mit allem Vorbehalt wiedergegeben sei, wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß es sich dabei um die angebliche Äußerung der militärischen Sachverständigen handelt, welche bekanntlich von der Botschafterkonferenz zur Berichterstattung aufgefördert worden sind, nicht dagegen um eine Meinungsäußerung der für die politische Entscheidung maßgebenden Botschafterkonferenz selber.

Der Beschluß der Botschafterkonferenz.

Paris, 7. November. Die Botschafterkonferenz ist gestern vormittag zur Beratung über die deutsche Abrüstungsnote zusammengetreten. Das bei Ausgange der Sitzung herausgegebene Communiqué besagt, daß von dem Gutachten des Interalliierten Militärkomitees zu der letzten deutschen Abrüstungsnote Kenntnis genommen wurde. Auf Grund dieses Berichtes hat die Botschafterkonferenz den Text einer Mitteilung festgesetzt, die dem deutschen Botschafter in Paris übergeben wurde. — Die Botschafterkonferenz bittet darin die deutsche Regierung um gewisse Aufschlüsse in der Hoffnung, daß die deutsche Antwort es den Alliierten erlaube werde, ein Datum für den Beginn der Räumung der Kölner Zone in Erwägung zu ziehen. Die Punkte, auf die sich die Anfrage der Botschafterkonferenz bezieht, sind folgende: 1. Neubildung des großen Generalstabes; 2. Neuorganisation der Sicherheitspolizei; 3. mili-

tärische Ausbildung der Jugendverbände. — Vor der Sitzung empfing Briand den Vorsitzenden Cambon und den englischen Botschafter Lord Curzon und den deutschen Botschafter von Hübsch. Der Temps hebt hervor, daß ein Datum für die Räumung der Kölner Zone nicht festgesetzt wurde. Davon könne überhaupt keine Rede sein, solange Deutschland nicht die letzten Abrüstungsverpflichtungen erfüllt. Man könne annehmen, daß dies bis Ende des Jahres der Fall sein werde. Die Alliierten werden dann, sobald die Interalliierte Kontrollkommission offiziell die Ausführung der Abrüstungsklausel durch Deutschland festgestellt habe, feststellen, daß der Räumung der Kölner Zone nichts mehr im Wege stehe. Der Antantegeneral will wissen, daß die deutschen Botschafter von Berlin aus angewiesen wurden, bei den alliierten Mächten wegen Erfüllung der in Locarno gegebenen Versprechen vorstellig zu werden. Aus Kreisen der Pariser deutschen Botschaft wird erklärt, daß die heutige Unterredung des deutschen Botschafters nur im Rahmen der laufenden Verhandlungen erfolgte, die seit dem Ausgange der Konferenz von Locarno in Wiederholungen jede Woche stattfinden.

Räumung Kölns — 1. Dezember.

„Times“ berichten aus Brüssel, daß die englische, die französische und die belgische Regierung gegenwärtig einen Meinungsaustausch über die Durchführung der Evakuierungen in der Rheinlandsbefestigung pflegen. Man erkenne an, daß in der Frage der Entwaffnung die deutsche Regierung materiell Zufriedenheit gegeben habe. Es herrsche die Meinung vor, daß die Maßnahmen Deutschlands die Räumung Kölns wahrscheinlich vor dem 1. Dezember schon reifertigen würden. Der gegenwärtige Meinungsaustausch mit der deutschen Regierung betreffe nicht die Frage der Entwaffnung, er betreffe vielmehr die militärischen Organisationen Deutschlands. Nach dieser Richtung gebe es noch gewisse schwierige Punkte aufzuklären. Durch die Alliierten würde jedoch alles versucht werden, um zu einer Verständigung zu gelangen.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 6. November.

Wie man erfährt, ist das Reichskabinet zu einer Sitzung zusammengetreten, die voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte. In den Besprechungen zwischen den Reichstagsparteien tritt insofern ein neues Moment auf, als vor der Fraktionsstiftung der Sozialdemokraten eine direkte Aussprache zwischen Volkspartei und Sozialdemokraten stattfand. Auf Seiten der Volkspartei nahmen an den Verhandlungen die Abgeordneten Kempler und Dr. Curtius, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Müller, Franke, Weis und Silberstein teil.

Die Sozialdemokraten für Auflösung des Reichstages.

Berlin, 7. November. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Freitag nachmittag in dreizehnhundertfünfzig Sitzung den Bericht des Vorstandes über die politische Lage entgegengenommen und ist zu dem Beschluß gekommen, daß sie die Haltung des Fraktionsvorstandes über die Einberufung des Reichstages billigt. In bezug auf die Einberufung des Reichstages wird sich die Fraktion mit dem Reichstagspräsidenten Lübe in Verbindung setzen, von dem erwartet wird, daß er schon heute Sonnabend zurückkehren könnte. Der Beschluß des Fraktionsvorstandes vom 23. Oktober ging bekanntlich dahin, daß sich durch den Austritt der deutschnationalen Minister aus dem Kabinet an der scharfen Oppositionsstellung der Sozialdemokratie gegen die Regierung Luther nichts geändert hat. Die Sozialdemokratie, so hieß es in dem Beschluß weiter, kann nicht daran denken, die Deutschnationalen aus der Verantwortung zu entlassen und in diesem Reichstag den Vertrag von Locarno, in dem sie den großen Erfolg ihrer eigenen außenpolitischen Richtlinien erbliebt, gegen die Stimmen der Deutschnationalen zu ratifizieren. Sie sieht den geeigneten Weg zur Lösung der Krise in der Befragung des Volkes vermittelst der Auflösung des Reichstages.

Neue Unruhen in Syrien.

Die bisherigen französischen Verluste. Nach den jüngsten aus Damaskus bei der Pariser „Liberté“ eingetroffenen Nachrichten hat sich die Lage in Syrien wieder plötzlich verschlimmert. Der Führer der kurdischen, Bakri, der sich zum Präsidenten Syriens ausgerufen und den sich seiner provisorischen Regierung in Homs aufgeschlagen hat, hält sich jetzt für genügend stark, einen neuen Angriff gegen Damaskus zu versuchen. Er hat 23 Kilometer südlich von Damaskus Streikräfte zusammengezogen, die auf 4000 Mann geschätzt werden und die nur auf das Signal zum Angriff warten, bei dem sie von den Drusenstämmen unterstützt würden. Dieser neue Angriff der syrischen kurdischen Truppen würde nicht überraschen. Es sind keine französischen Truppen in Damaskus eingetroffen und quasi die Stadt in Verteidigungsstand gebracht. Eine Abteilung von 300 Reheben wurde 11 Kilometer

dag Painlevé und Briand, die eigentlichen Träger des Gedanken von Locarno in Frankreich, die Verhandlungen über die Rückwirkungen zu Ende führen werden.

Kun ist auch in Persien das Alte gestürzt, und man muß abwarten, ob aus den Ruinen neues Leben blühen wird. Der Schah, der meist fern von seinem Lande seinen Vergnügungen nachhing, ist mit der ganzen Dynastie kassierbar, die seit 1794 herrschte, abgesetzt und der Ministerpräsident Reza Khan vorläufig mit der Regierungsgewalt betraut worden, der sie bisher schon beinahe diktatorisch ausgeübt hat. Eine alsbald einzuberufende Nationalversammlung soll die Entscheidung über die zukünftige Staatsform treffen. Möglich, daß die Umwälzung internationale Verwicklungen nach sich zieht. Angesichts des ewigen Kampfes, den England und Rußland in Teheran um den überwiegenden Einfluß geführt haben, ist es sehr bemerkenswert, daß man sich in London außerordentlich beeilt hat, die neue Regierung anzuerkennen. Mirus.